

Die Suche nach dem Schicksal (Süddt. Ztg. 7.10.06)

Innenminister wollen endlich eine Lösung für geduldete Ausländer finden

Von Annette Ramelsberger

Die letzten Male haben sie sich öffentlichkeitswirksam auf der Zugspitze getroffen oder sich im Bundesrat in Berlin präsentiert -diesmal kommen die deutschen Innenminister ganz still und leise zusammen. Denn diesmal wollen sie einen Durchbruch erzielen, der ihnen viele Kompromisse abverlangt und bei dem kaum einer von ihnen glänzen kann: den Durchbruch bei der lange angestrebten Bleiberechtsregelung für seit Jahren in Deutschland lebende Ausländer. Eine Regelung, die für Tausende Menschen die tägliche Unsicherheit, ob sie bleiben dürfen oder nicht, beenden soll. Am Montag um 11 Uhr kommen die Herrschaften am Münchner Odeonsplatz zusammen, bei Günther Beckstein, dem Vorsitzenden der Innenministerkonferenz. Es steht nicht weniger zur Debatte als das Schicksal von gut 180 000 Ausländern in Deutschland.

Die Innenminister der Unions- und SPD-geführten Länder wollen ausloten, wie weit ein Kompromiss gehen könnte. Sie wissen genau: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will eine Lösung und wird sich mit einem Placebo nicht zufrieden geben. Er will, dass der sogenannte Altfall-Kompromiss einen Großteil der gut 180 000 Betroffenen umfasst, also nicht nur ein paar tausend. Doch schon wenn man das Kriterium anlegt, dass die betroffenen Menschen mindestens sechs Jahre in Deutschland gelebt haben müssen, reduziert sich die Zahl der Begünstigten auf 104 000.

Unstrittig scheint zu sein, dass die Innenminister Familien mit schulpflichtigen Kindern bleiben lassen wollen - Familien, die sich zudem auch selbst ernähren und keine Straftaten begangen haben. Doch die Zahl dieses Personenkreises liegt nach internen Berechnungen nur bei 25 000 bis höchstens 40 000 Menschen. Will man die Zahl der Begünstigten erweitern, muss man also Kompromisse eingehen. Wobei ein hoher Bundesbeamter beruhigt: "Es geht hier nicht mehr um wirkliche Straftäter, die sind längst abgeschoben. Es geht um Leute, die falsche Angaben bei der Einreise gemacht oder ihre Ausweise weggeworfen

"Es geht hier nicht mehr um wirkliche Straftäter, die sind längst abgeschoben. Es geht um Leute, die falsche Angaben bei der Einreise gemacht oder ihre Ausweise weggeworfen haben."

haben." Aber da will die Union aus Prinzip nicht nachgeben. "Das können wir auf keinen Fall nüttragen", sagte 'der CSU-Politiker Beckstein am Freitag im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung.

Als ärgster Gegner einer weitreichenden Regelung gilt der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU). Er will grundsätzlich nur Familien mit schulpflichtigen Kindern hierbleiben lassen. Und höchstens noch Jugendliche, die bereits gut integriert sind - allerdings ohne ihre Eltern. Das dürfte aufgrund des Verfassungsgebots zum Schutz der Familie problematisch sein.

Eher gibt es Kompromisse in Sachen Arbeitserlaubnis. Die meisten der schon lange in Deutschland lebenden Ausländer bekommen Sozialhilfe: etwa 85

Prozent, weil sie keine Arbeit aufnehmen dürfen, sich also auch nicht selbst ernähren können. Hier denken manche Innenminister bereits über eine Art Probezeit nach, in der Ausländer versuchen können, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen. Schaffen sie das nicht, kann man die Aufenthaltsberechtigung unter Auflagen erteilen", sagt der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner (SPD). "Ich bin zuversichtlich, dass es zu einer Einigung kommt, weil schon der Gastgeber der Innenministerkonferenz möchte, dass es einen Durchbruch gibt."

Der IMK-Vorsitzende Beckstein will seine Amtszeit gerne mit einer Einigung in dem leidigen Thema krönen. Doch er dämpft die Erwartungen. "Mehr als 50 000 Menschen werden davon nicht profitieren können, und das ist schon viel", sagt Beckstein. Und auch nur dann, -wenn noch einer mitspielt: Franz Müntefering, der Arbeitsminister. Er soll den "Altfällen" eine Arbeitserlaubnis geben, damit sie sich um Arbeit bemühen können. Doch im Arbeitsministerium befürchtet man dann einen Verdrängungswettbewerb bei einfachen Jobs.

Auf keinen Fall ist nach Informationen der SZ mit Bleiberechtsregelungen für Afghanen und Iraker zu rechnen. Für die einen gab es erst vergangenes Jahr eine Altfallregelung. Bei den andern, sagt Beckstein, müsse man abwarten, bis sich der aktuelle Konflikt beruhigt habe. Auf keinen Fall wolle man sich ein Sicherheitsproblem ins Haus holen.